

Informationen zum Datenschutz

(gemäß Artikel 13 der Datenschutz-Grundverordnung [DSGVO])

Verantwortlicher für die Verarbeitung personenbezogener Daten

Bezirksamt Spandau von Berlin
Abteilung Personal, Finanzen und Wirtschaft
Carl-Schurz-Str. 2/6
13597 Berlin

Telefon | +49 30 90279 - 0

Ansprechpartner

Frau Ines Mattern, PS L, Leitung Personalbetreuung und Personalentwicklungsservice

Telefon | +49 30 90279 -2808

Telefax | +49 30 90279 -2098

E-Mail | Personalbetreuung@ba-spandau.berlin.de

Datenschutzbeauftragter des Verantwortlichen

Bezirksamt Spandau von Berlin
Datenschutzbeauftragte/r
Carl-Schurz-Str. 2/6
13597 Berlin

Telefon | +49 30 90279 - 3627

Telefax | +49 30 90279 - 2086

E-Mail | datenschutz@ba-spandau.berlin.de

Informationen zur Datenverarbeitung

Die erhobenen personenbezogenen Daten werden für folgende Zwecke verarbeitet:

Die Datenverarbeitung ist für die Betreuung des Ausbildungs-, Beschäftigungs- bzw. Dienstverhältnisses erforderlich. Die Bereitstellung der personenbezogenen Daten ist gesetzlich vorgeschrieben. Die Rechtsgrundlagen für die Datenverarbeitung ergeben sich aus Art. 88 EU-DSGVO, 3 18 Berliner Datenschutzgesetz iVm § 26 Bundesdatenschutzgesetz (BDSG). Nach § 26 Abs. 1 BDSG dürfen personenbezogene Daten von Beschäftigten für Zwecke des Beschäftigungsverhältnisses verarbeitet werden, wenn dies für die Entscheidung über die Begründung eines Beschäftigungsverhältnisses oder nach Begründung des Beschäftigungsverhältnisses für dessen Durchführung oder Beendigung oder zur Ausübung oder Erfüllung der sich aus einem Gesetz, einem Tarifvertrag oder einer Dienstvereinbarung ergebenden Rechte und Pflichten der Interessenvertretung der Beschäftigten erforderlich ist.

Das bedeutet, dass wir die Daten bei Ihnen erheben und dann z.B. speichern, nutzen, übermitteln oder löschen, sofern es z.B. im Zusammenhang mit der Bearbeitung oder Abwicklung von

- ⊗ Vergütungsangelegenheiten (z.B. Besoldungs- oder Entgeltabrechnung)
- ⊗ Personalentwicklungsmaßnahmen
- ⊗ gesetzlichen Dokumentationspflichten
- ⊗ gesetzlichen Meldepflichten (z.B. Rentenversicherungsträger, Krankenkassen, Sozialversicherungsträger, Finanzbehörden) oder
- ⊗ zu statistischen Zwecken
- ⊗ Maßnahmen des Betrieblichen Gesundheitsmanagements

erforderlich ist.

Folgen einer Nichtbereitstellung der Daten:

Bei Nichtvorlage der erforderlichen Unterlagen können sich negative Folgen ergeben. Beispielsweise wäre der Personalservice dann verpflichtet, Ihre Bezüge nach Lohnsteuerklasse VI zu versteuern. Außerdem kann bei Nichtvorliegen der erforderlichen Unterlagen die

Einstellung Ihrer Person gefährdet sein. Im bestehenden Beschäftigungsverhältnis konnten im Einzelfall arbeitsrechtliche Maßnahmen wie Abmahnung oder Kündigung erforderlich sein.

Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten:

Ihre personenbezogenen Daten sind grundsätzlich nur für diejenigen Dienstkräfte zugänglich, die mit der Bearbeitung von Personaleinzelangelegenheiten betraut sind. Einzelne Daten können z. B. an Sozialversicherungsträger (z.B. Rentenversicherung, Krankenkasse) bzw. sonstige Behörden (z.B. Finanzamt) übermittelt werden, sofern dies erforderlich ist.

Die Löschung der gespeicherten personenbezogenen Daten erfolgt:

Sofern die erhobenen Daten ein Beamtenverhältnis betreffen, gelten die Aufbewahrungsfristen des § 90 Landesbeamtengesetz (grundsätzlich fünf Jahre nach Abschluss der Personalakte).

Sofern die erhobenen Daten Tarifbeschäftigte betreffen, beträgt die Aufbewahrungsfrist regelmäßig fünf Jahre, die Frist wird grundsätzlich gerechnet vom Ersten des Monats, der auf den Monat folgt, in dem die bzw. der ehemalige Beschäftigte das gesetzlich festgelegte Alter zum Erreichen einer abschlagsfreien Regelaltersrente vollendet hat.

Die personenbezogenen Daten werden an folgende Stellen übermittelt:

Personalmanagement der Abteilung Personal, Finanzen und Wirtschaft

Andere Behörden, sofern eine Einverständniserklärung vorliegt

Landesverwaltungsamt

Betroffenenrechte

Auskunft (Artikel 15 DSGVO)

Sie haben das Recht, Auskunft von dem Verantwortlichen zu verlangen, ob dieser personenbezogene Daten verarbeitet, die Sie betreffen. Wenn das der Fall sein sollte, erhalten Sie nach Maßgabe von Artikel 15 der Datenschutz-Grundverordnung auch nähere Auskünfte zu den vorhandenen personenbezogenen Daten.

Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung, Widerspruch (Artikel 16, 17, 18, 21 DSGVO)

Sie haben entsprechend der jeweiligen gesetzlichen Voraussetzungen das Recht, die Berichtigung Sie betreffender personenbezogener Daten sowie deren Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen. Zudem können Sie Widerspruch gegen die Verarbeitung erheben.

Widerruf einer Einwilligung (Artikel 7 Absatz 3 DSGVO)

Soweit die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten auf Ihrer Einwilligung beruht, können Sie diese Einwilligung jederzeit widerrufen. Mit Zugang des Widerrufs werden die personenbezogenen Daten nicht mehr verarbeitet. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt.

Beschwerde bei der Datenschutz-Aufsichtsbehörde (Artikel 77 DSGVO)

Für Beschwerden im Zusammenhang mit der Verarbeitung personenbezogener Daten besteht ein Beschwerderecht bei der zuständigen Datenschutz-Aufsichtsbehörde:

Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit

Alt-Moabit 59-61

10555 Berlin

Telefon: +49 30 13889 - 0

Telefax: +49 30 2155050

E-Mail: mailbox@datenschutz-berlin.de